

Niederschrift

über die 33. (Rat) Öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 30.06.2011

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:25 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

RM Gerhard Ratzel

Bürgermeister

Bürgermeister Gerhard Böhling

Ratsmitglieder

RM Heide Bastrop
RM Udo Borkenstein
RM Manfred Buß
RM Peter Eggerichs
RM Thomas Eggers
RM Dr. Almut Eickelberg
RM Michael Fischer
RM Horst-Dieter Freygang
RM Peter Gamperl
RM Karl-Heinz Groenhagen
RM Bernhard Jongebloed
RM Janto Just
RM Helena Kathmann
RM Anja Kindo
RM Heinz Knefelkamp
RM Dieter Köhn
RM Claudia-Andrea König
RM Wolfgang Ottens
RM Susanne Riemer
RM Manfred Schmitz
RM Ingrid Schneider
RM Uta Schüder
RM Elfriede Schwitters
RM Wilfried Sutorius
RM Ralf Thiesing
RM Peter Torkler
RM Henrik Ufken
RM Doris Wolken

Von der Verwaltung nehmen teil:

VA Uta Bohlen-Janßen
StD Anja Müller
VA Holger Rabenstein
VA Heide Schröder-Ward
StOAR Bruno Strach
StOAR Elke Idel

Ratsmitglieder

RM Anne Bödecker
RM Axel Homfeldt
RM Thomas Labeschautzki
RM Jörg Limberg
RM Joachim Müller

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung

RV Ratzel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Ratzel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Ratzel weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 12.2 „Ergänzung der Entgeltordnung der Stadtbücherei - SV-Nr. 06//1191“ keine Vorbehandlung im Verwaltungsausschuss erfolgt ist und dieser Punkt daher von der Tagesordnung (bisheriger TOP 12.2) genommen wird.

Anschließend weist er auf die gemäß Nachtragstagesordnung vom 28.06.2011 ergänzten Tagesordnungspunkte

16.1 Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB zur Neufassung der Bebauungspläne Nr. 35 "Gewerbegebiet I" und Nr. 47 "Gewerbegebiet II" und Nr. 47 A "Gewerbegebiet II - Ost" **SV-Nr. 06//1264**

16.2 Erlass von Satzungen für Veränderungssperren **SV-Nr. 06//1265**

hin.

Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 24.03.2011 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Herr Rensch von der Schutzgemeinschaft gegen Düsenjäger verweist auf einen Pressebericht über die Verlegung von Phantoms des Geschwaders Richthofen, Wittmund, nach Upjever im Zeitraum vom 06.07. bis 12.08.2011, möglicherweise aber auch bis in den Oktober hinein.

Vom Bürgermeister hat er vor Beginn dieser Sitzung erfahren, dass die Stadt über die Verlegung bisher nicht offiziell informiert wurde und der Bürgermeister daher noch ein Gespräch mit der Bundeswehr in dieser Angelegenheit führen wird. Herr Rensch bittet um Auskunft, was der Bürgermeister der Bundeswehr mitteilen wird. Die Fraktionen des Rates bittet er um Auskunft, inwieweit sie bereit sind, die Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

BM Böhling erklärt, dass die Bundeswehr aus rechtlicher Sicht grundsätzlich nicht dazu verpflichtet ist, die Stadt vorab zu informieren, dieses hätte jedoch tun können und auch sollen. In dem Gespräch wird er daher darauf hinweisen, dass eine vorherige Information wünschenswert ist, um den Rat und die Bürgerinnen und Bürger vorab entsprechend informieren zu können. Ferner wird er auf die seinerzeit mit dem Jagdbombergeschwader 38 vereinbarten Flugzeiten - u. a. keine Flüge während der Mittagszeit (wenn Beerdigungen stattfinden) - hinweisen und um deren Einhaltung bitten. Weitere Inhalte werden sich in dem Gespräch ergeben. Abschließend unterstreicht BM Böhling das gute Einvernehmen der Stadt mit der Bundeswehr.

RM Torkler (SPD-Fraktion) erklärt, dass es seit Jahren bekannt ist, dass der Flugplatz in Upjever Ausweichflughafen sein wird, wenn an anderen Standorten Reparaturen an Start- und Landebahnen vorgenommen werden. Er verweist auf die vom Bürgermeister bereits angesprochenen, mit dem Jagdbombergeschwader 38 vereinbarten Schutzzeiten, deren Einhaltung auch von den Wittmundern erwartet wird. Bei Nichteinhaltung bestünde die Gelegenheit, dagegen zu protestieren. Er findet es nicht in Ordnung, dass die Presse eher informiert wird als die betroffene Stadt.

Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass die Bundeswehr einen Verfassungsauftrag wahrnimmt. Ergänzend erinnert er an den großen und massiven Protest der Bevölkerung gegen den Abzug des JaboG 38 Upjever, der zahlenmäßig größer war als der Protest gegen die

Lärmbelästigung. Seines Erachtens ist dieser Protest als Signal der Bürgerinnen und Bürger aus Schortens zu werten, die einen größtmöglichen Schutz gegen Lärmbelästigung fordern, aber auch den Erhalt des Standortes der Bundeswehr unterstützen. Abschließend weist er darauf hin, dass es sich hierbei um seine persönliche Meinung handelt, da eine Beratung in der Fraktion nicht erfolgen konnte.

RM Thiesing (CDU-Fraktion) erklärt, dass auch er nur seine persönliche Meinung wiedergeben kann. Er findet das Verhalten der Bundeswehr nicht gut und schließt sich den inhaltlichen Ausführungen des RM Torkler in vollem Umfang an.

RM Schüder (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass sie Mitglied der Schutzgemeinschaft gegen Düsenjägergefahren ist. Bisher hatte sie den Eindruck, dass zwischen der Bundeswehr und der Stadt ein gutes Verhältnis besteht. Daher findet sie es enttäuschend, wenn keine Information erfolgt. Sie erklärt Herrn Rensch gegenüber, dass eine Beschwerde ihrerseits als Sprachrohr für die Schortenser, die gegen diese Flüge sind, lediglich Symbolcharakter hätte und erfolglos wäre.

RM Schwitters (FDP-Fraktion) schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner, insbesondere der Ratsmitglieder Torkler und Thiesing, an.

RM Kindo (Das Linksbündnis Friesland in Schortens) erklärt, dass man sich mit diesem Verfassungsauftrag der Bundeswehr wohl abfinden müsse. Die unterlassene Information der politischen Gremien im Vorfeld bezeichnet sie als arrogant, da diese auch nicht von heute auf morgen plant. Sie findet dieses Verhalten einer Freundschaft nicht würdig.

RM Gamperl (FdU-Fraktion) findet es schlecht, dass das Geschwader die Presse vor dem Heimatort informiert. Jedoch geht er davon aus, dass sich dieses abstellen lässt. Weiter führt er aus, dass der Flugplatz Upjever der erforderliche Ausweichflugplatz der Natobasis Wittmund ist. Abschließend weist er darauf hin, dass nicht das ganze Geschwader umzieht, sondern lediglich die Alarmrotte, die aus 2 bis 3 Flugzeugen besteht und es sich um einen Nato-Auftrag handelt, der einzuhalten und nicht umgänglich ist.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion für eine frühzeitige Information der Stadt und auch der Bürger durch die Bundeswehr und die Einhaltung der mit dem Upjeverschen Geschwader vereinbarten Standards durch die Wittmunder eintritt.

RM Wolken (UWG-Fraktion) schließt sich den inhaltlichen Ausführungen ihrer Vorredner an.

5.2. RV Ratzel weist darauf hin, dass Herr Wehage aus Oldenburg die

Verwaltung am heutigen Tage gebeten hat, zwei Fragen zum Thema "Straßenumbenennung Lebensborner Weg" in der Ratssitzung stellen zu dürfen.

Da der als Gast anwesende Herr Wehage kein Einwohner der Stadt Schortens ist, fragt RV Ratzel nach, ob seitens des Rates Widerspruch dagegen besteht, ihm das Fragerecht zu erteilen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Wehage erklärt, dass in der letzten Diskussion über den Lebensborner Weg angeregt wurde, weitere Diskussionen durchzuführen. Er bittet den Bürgermeister und die Fraktionen um Auskunft, warum man von diesem Vorhaben abgewichen ist und bereits im Verwaltungsausschuss eine Entscheidung getroffen hat, wonach auf eine weitere Diskussion und Beratung in der heutigen Sitzung verzichtet wird.

BM Böhling bestätigt, dass während der öffentlichen Informationsveranstaltung am 06.06.2011 auch über eine mögliche Fortführung der Diskussion gesprochen wurde. Die Befragung von Anwohnerinnen und Anwohnern, Bürger/-innen und Schulen endete am 15.06.2011. Die Auswertung ergab, dass mit riesengroßer Mehrheit eine Beibehaltung des Namens gewünscht wird. Aufgrund dieses eindeutigen Ergebnisses wurde die Durchführung weiterer Diskussionen als entbehrlich angesehen und daher eine Entscheidung im Verwaltungsausschuss getroffen.

Anschließend verweist Herr Wehage auf die Umbenennung der Straße „Zum Kolk“ in „Nordfrost-Ring“ vor einigen Jahren. In diesem Fall habe der Rat eine Umbenennung entgegen der Interessen der Mehrheit der dort ansässigen Unternehmen beschlossen. Er fragt nach, warum der Rat bei der Umbenennung des „Lebensborner Weges“ nun der Mehrheit der dortigen Anwohner trotz entgegenstehender Meinungen - u. a. auch von Autoritäten wie Frau Sara-Ruth Schumann, Pastor Gerhard Küsel und Frau Dorothee Schmitz-Köster – folgt.

BM Böhling erklärt, dass die mögliche Umbenennung einer Straße im Ermessen der Stadt liegt und es bei der Stadt Schortens guter Brauch ist, im Rahmen solcher Entscheidungen die Betroffenen - die Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch die Bürgerinnen und Bürger - öffentlich zu beteiligen. Eine solche Beteiligung ist auch bei der Umbenennung der Straße „Zum Kolk“ erfolgt. Die Umbenennung ist seinerzeit auf Vorschlag der Verwaltung erfolgt und war begründet in der Ansiedlung der Europa-Zentrale des Unternehmens. Dieses sei auch gängige Praxis in der anderen Städten und Gemeinden. Als Beispiel benennt er u. a. die Umbenennung einer Straße in EDEKA-Straße in Wiefelstede, in der die Zentrale der Verbraucherkette EDEKA ihren Standort hat. Ergänzend berichtet er über weitere Straßenumbenennungen innerhalb der Stadt Schortens in den vergangenen Jahren.

Zur Frage, warum der Lebensborner Weg nicht automatisch umbenannt werden soll, antwortet BM Böhling, dass der Rat nicht jeweils der

Mehrheit der Anwohner folgt, sondern seine Entscheidung sachgerecht nach Abwägung aller Gesichtspunkte trifft. In diesem Fall wurde eine sehr intensive öffentliche Diskussion über einen Zeitraum von ca. 6 Monaten geführt. Der Rat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht, sondern hat zur Entscheidungsfindung die vorgenannte Veranstaltung und Befragungen durchgeführt und aufgrund des vorliegenden eindeutigen Meinungsbildes - nicht nur der Anwohner/-innen, sondern aller Bürgerinnen und Bürgern - diese Entscheidung getroffen.

Herr Wehage erklärt, dass ihm die Antwort nicht detailliert genug sei. Weiter führt er aus, BM Böhling habe die Gründe nicht genannt und er sei der eigentlichen Frage ausgewichen, da er die Motive zur Umbenennung nicht erklärt habe. Aus Sicht von Herrn Wehage stimme man einer Umbenennung zu, wenn es um Geld geht.

RV Ratzel weist Herrn Wehage darauf hin, dass er Fragen stellen könne, jedoch keine Diskussion geführt wird.

Anschließend fragt Herr Wehage nach, ob dem Bürgermeister und den Ratsmitgliedern bekannt ist, was aus dem „Gartenbauverein 1903 Lebensborn“ nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in den Jahren 1933 geworden ist. Ergänzend teilt er mit, dass die Benennung der Straße 6 Jahre nach Kriegsende (1951) rechtskräftig erfolgt sei.

BM Böhling erklärt, dass er stets für Fairness einsteht und Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern grundsätzlich beantwortet. Er weist Herrn Wehage darauf hin, dass er die Verwaltung vor Beginn der Sitzung um die Beantwortung von zwei Fragen gebeten hatte, er jetzt jedoch bereits vier Fragen gestellt hat. BM Böhling bezeichnet dieses Verhalten als unfair. Weiter führt er aus, dass ihm nicht bekannt ist, was aus der Gartenbaukolonie nach der Machtergreifung im Jahre 1933 wurde. Hinsichtlich der von Herrn Wehage genannten Straßenbenennung im Jahre 1951 teilt er mit, dass kein entsprechender Ratsbeschluss gefasst wurde, sondern die Straßennamen seinerzeit aus alten Katasterunterlagen übernommen wurden.

RM Just erklärt, dass Herr Wehage ein bevorzugtes Gastrecht genossen hat, seine Fraktion eine weitere Ausdehnung dieser Diskussion jedoch als nicht notwendig und sinnvoll erachtet. Er schlägt daher vor, die Diskussion nicht fortzuführen. Diesem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Herr Wehage verlässt daraufhin laut auf den Rat schimpfend den Sitzungssaal.

Abschließend erklärt RM Torkler, dass lediglich die Diskussion um die Straßenbenennung beendet ist, nicht jedoch die Diskussion im Sinne der geschichtlichen Aufarbeitung, vielmehr sei dieser Dialog gerade erst aufgenommen worden.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Öffentlicher Verabschiedungsappell vor dem Bürgerhaus am Freitag, 2. September 2011, 19:30 Uhr/Tag der offenen Tür auf dem Fliegerhorst am 3. September 2011

Nachdem in der Stadt Schortens im Mai des vergangenen Jahres erstmalig Soldatinnen und Soldaten des Objektschutzregimentes der Luftwaffe Friesland aus Upjever in den Einsatz nach Afghanistan verabschiedet wurden, wird eine erneute öffentliche Verabschiedung am Freitag, dem 2. September 2011, um 19:30 Uhr vor dem Bürgerhaus durchgeführt. Damit soll - wie auch im vergangenen Jahr – die starke Verbundenheit und die Anteilnahme der Bevölkerung der Stadt am Dienst der Soldaten gewürdigt und den Soldaten eine gesunde Rückkehr gewünscht werden.

Das Programm wird in diesem Jahr noch einmal erweitert. Als Gastredner hat der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Herr Hermann Dinkla, zugesagt. Nach dem Verabschiedungsappell schließt sich eine Abendserenade, gestaltet vom Marinemusikkorps Nordsee, an. Dieses wird sicher auch für die Bevölkerung eine schöne Veranstaltung.

Am Tag nach dem Verabschiedungsappell, am Sonnabend, dem 3. September 2011, begeht die Bundeswehr mehrere Jubiläen und führt auf dem Fliegerhorst einen „Tag der offenen Tür“ durch. Weitere Einzelheiten dazu werden die Bundeswehrdienststellen rechtzeitig bekanntgeben.

6.2. Naturfreibad Heidmühle

Vor einigen Monaten hat sich der Förderverein für das Naturfreibad in Heidmühle gegründet und bereits einige Arbeitsstunden im Bad geleistet.

Auf Antrag des Vereins wurde das Frühschwimmen jeweils am Dienstag und Donnerstag von 06:30 bis 09:00 Uhr wieder eingeführt. Hierfür hat die DLRG Schortens-Jever die Aufsicht übernommen. Derzeit nehmen durchschnittlich 10 Personen dieses kostenpflichtige Angebot wahr. Die nach Abzug der Einnahmen verbleibenden Kosten übernimmt der Förderverein und finanziert dieses u. a. durch Konzerte. BM Böhling dankt dem Verein hierfür.

Der Wirt des Beach-Clubs im Naturfreibad hat auf seine Kosten eine Terrassenüberdachung errichtet und somit die im letzten Jahr noch eingeschränkte Speisenausgabe verbessert. Für die anstehenden Sommerferien und den verbleibenden Teil der Freibadsaison bis in den Herbst ist das Bad damit gut gerüstet.

Die Stadt Schortens hat mit ihrem Bad ein Kleinod, mit dem sie auch touristisch aufwarten kann. Auch deshalb wird am Dienstag, 12. Juli 2011, der Sender „Hit Radio Antenne“ auf der Sommertour 2011 mit seinem Truck Station im Naturfreibad Heidmühle machen.

Nach Abschluss der Freibadsaison beginnt dann die umfassende Sanierung der Umkleide- und Sanitärgebäude mit einem Kostenvolumen von ca. 250.000 Euro. Hierzu hat aktuell der Landkreis Friesland einen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro bewilligt und damit auch touristische Aspekte anerkannt.

6.3. Bewilligung Ganztagsgrundschulen

Bewilligt wurde auf Antrag der jeweiligen Schulen seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums die Einrichtung von offenen Ganztagsgrundschulen an den Grundschulen in Sillenstede und Glarum mit Beginn des neuen Schuljahres. Derzeit läuft der Umbau der Mensen, welcher dann zeitgerecht in den Sommerferien abgeschlossen werden kann.

Mit den vier Grundschulen im Zentrum der Stadt, die bereits im letzten Jahr Ganztagsgrundschule geworden sind, verfügen damit mit Beginn des neuen Schuljahres 6 von 7 Grundschulen über dieses entsprechende familienfreundliche Angebot.

Ergänzt wird dieses Angebot seitens der Stadt durch die Bereitstellung von sozialpädagogischen Fachkräften, die ebenfalls nach den Sommerferien ihren Dienst in den Schulen aufnehmen sollen.

BM Böhling weist darauf hin, dass die Stadt Schortens mit ihren Krippen, den Kindertagesstätten und ihrem Schulangebot keinerlei Vergleich scheuen muss. Im Gegenteil: Schortens hat - was Familienfreundlichkeit angeht - sicher eine Spitzenstellung weit über den Landkreis hinaus. BM Böhling erklärt, dass dieses den Entscheidungen des Rates zu verdanken ist und spricht den Ratsmitgliedern hierfür seinen Dank aus.

6.4. Partnerschaften Pieszyce/Peterswaldau und Nagybjajom

Am kommenden Wochenende wird der Chorus Stella Polaris über das Wochenende Besuch von Mitgliedern des Chores Petri Silva aus Pieszyce/Peterswaldau erhalten und u. a. ein Benefizkonzert durchführen. Begleitet wird der Chor vom Bürgermeister Mirosław Obal.

Ende August wird eine kleine Delegation der Stadt Schortens nach

Nagybajom fahren, um die Glückwünsche unserer Stadt zum 10-jährigen Jubiläum der Stadtrechte zu überbringen und an den Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums teilzunehmen.

In der Zeit vom 11. bis 22. Juli 2011 werden Jugendgruppen aus den Partnerstädten Pieszyce/Peterswaldau und Nagybjom sowie aus der Partnerstadt von Nagybjom - Lazarea aus Rumänien - in Schortens ein internationales Jugend-Camp durchführen. Finanziert wird die Begegnung aus Mitteln der Europäischen Union.

6.5. Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:

Der Radweg zur Grundschule Glarum wurde öffentlich ausgeschrieben. Zum Ferienbeginn soll mit der Maßnahme begonnen und mit Ende der Ferien soll sie abgeschlossen werden.

Der Neuausbau der Bahnhofstraße ist bis auf die Bepflanzungsarbeiten fertig gestellt. Die Bepflanzung konnte wegen der warmen Witterung nicht mehr im April vorgenommen werden und wurde von der Straßenbauverwaltung Aurich auf den Herbst 2011 verschoben.

Ausgeschrieben wurde die Regenwasserkanalsanierung Wangeroooger Straße, 3. Bauabschnitt.

Fertig gestellt ist der Endausbau der Straßen „Am Junkernberg“ und „Johann-Eden-Straße“.

Seit der letzten Ratssitzung sind 36 Bauanträge, davon 5 für Wohnhäuser, eingegangen. Für das Neubauvorhaben von Arvato liegt die Baugenehmigung vor; bekanntlich hat kürzlich der 1. Spatenstich stattgefunden.

7. Feststellung des Sitzverlustes des Ratsmitgliedes Mike Schauderna gemäß § 37 Abs. 2 NGO **SV-Nr. 06//1243**

Es wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Herrn Mike Schauderna im Rat durch Verzichtserklärung vom 27.04.2011 beendet ist.

8. Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des nachrückenden Ratsmitgliedes Anja Kindo **SV-Nr. 06//1244**

BM Böhling verpflichtet Frau Kindo gemäß § 42 Niedersächsische

Gemeindeordnung (NGO) ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

Anschließend führt er die gemäß § 28 durchzuführende Pflichtenbelehrung durch und erläutert RM Kindo die den Ratsmitgliedern obliegenden Pflichten nach § 25 (Amtsverschwiegenheit), § 26 (Mitwirkungsverbot) und § 27 (Treuepflicht).

9. Besetzung der Ratsausschüsse und sonstigen Gremien **SV-Nr. 06//1256**

Aufgrund des Ratsmandatswechsels bei dem Einzelkandidaten der Wählerinitiative „Das Linksbündnis Friesland“ übernimmt Frau Anja Kindo die folgenden Sitze des ausgeschiedenen RM Schauderna:

- Ordentliches Mitglied im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss sowie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie
- stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss, im Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus, im Planungs- sowie im Bau- und Umweltausschuss.

Stellvertretende Gruppensprecherin der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen und Linksbündnis“ wird Frau Anja Kindo.

Die Änderung wird so festgestellt.

10. Kulturbüro Bürgerhaus

10.1. Heranziehungsbeschluss des Rates vom 24.03.2011 hinsichtlich der geplanten Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus; hier: Beanstandung durch den Landkreis Friesland-Kommunalaufsicht **SV-Nr. 06//1247**

BM Böhling erklärt, dass laut Beschluss des Rates in der Sitzung am 24.03.2011 eine abschließende Entscheidung über die Auslagerung des Kulturbüros im Rat getroffen werden sollte.

Entgegen der Auffassung der Verwaltung und des Rates hat die anschließende erforderliche Prüfung des Beschlusses durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland in Abstimmung mit der oberen Kommunalaufsicht ergeben, dass es sich hierbei um eine Entscheidung handelt, die der Organisationshoheit des Bürgermeisters nach § 62 Abs. 2 NGO ausschließlich unterliegt. Die Kommunalaufsicht hat den Vorbehaltsbeschluss daher beanstandet, so dass dieser nicht ausgeführt werden darf. Die Entscheidungskompetenz obliegt somit

ausschließlich dem Bürgermeister.

BM Böhling teilt mit, dass er entschieden hat, das Kulturbüro nicht auszulagern. Die o. a. Beanstandung hat er den Ratsmitgliedern bereits mitgeteilt, jedoch sei er aus formalrechtlicher Sicht verpflichtet, den Rat in der Sitzung über diese Entscheidung zu informieren.

Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht erklärt RM Torkler, dass der Rat dem Bürgermeister die Entscheidungszuständigkeit nicht entziehen wollte. Da der Bürgermeister diese Angelegenheit jedoch bereits im Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt hatte, wurde in der Ratssitzung beschlossen, über diese Sache in öffentlicher Ratssitzung anstatt in nichtöffentlicher Verwaltungsausschusssitzung zu beraten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

- 10.2. Antrag der BfB-Fraktion vom 14.06.2011 auf Aufnahme der Themen "Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus" und "Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus" auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung **SV-Nr. 06//1258**

RM Thiesing beantragt eine Nichtbefassung, da bereits eine Entscheidung getroffen wurde und der Bürgermeister den Sachverhalt zuvor ausführlich dargestellt hat.

RM Schüder ist der Meinung, dass die beiden Punkte getrennt werden sollten. Über das Thema „Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus“ sollte ihres Erachtens diskutiert und ein Meinungsbild erstellt werden.

RM Just erläutert den Antrag seiner Fraktion und erklärt, dass sich im Rahmen der Diskussion über die Auslagerung des Kulturbüros auch unter den Bürgerinnen und Bürgern die Frage nach dem Standort des Stadtmarketings ergeben hat. Er bestätigt, dass über die Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus inzwischen ausführlich diskutiert wurde. Dennoch sollte die Möglichkeit bestehen – auch aus Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern –, über das nach wie vor aktuelle Thema „Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus“ zu beraten.

BM Böhling erklärt, dass es sich bei der Rückverlagerung des Stadtmarketings ins Rathaus ebenfalls um eine Entscheidung handelt, die der Bürgermeister zu treffen hat. Der Standort wurde aufgrund verschiedener Kriterien ausgewählt und daher hat er bereits entschieden, den Standort des Büros beizubehalten. Dieses schließt jedoch nicht aus, über dieses Thema im Rat zu diskutieren, wenn der Rat das möchte.

RM Just beantragt, über die beiden Punkte gesondert abzustimmen.

Es entwickelt sich eine Diskussion hinsichtlich der Geschäftsordnung und der Zulässigkeit von Anträgen auf Nichtbefassung nach erfolgter Diskussion zu einem Tagesordnungspunkt.

Anschließend lässt RV Ratzel über den Antrag von RM Thiesing auf Nichtbefassung abstimmen.

Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

RM Torkler erklärt, dass die SPD-Fraktion der Einrichtung eines Tourismus- und Marketingbüros seinerzeit zugestimmt hat. Gleichzeitig aber auch die Aussage getroffen hat, die Entwicklung hinsichtlich der Kosten und der Leistungen - auch im Hinblick auf das Leistungsvermögen künftiger Haushalte - aufmerksam und kritisch zu verfolgen. Spätestens mit den Haushaltsberatungen 2012 wird sich für den neuen Rat daher die Frage stellen, ob dieses Gebäude möglicherweise zu dem sogenannten „Tafelsilber“ gehören könnte. Für den Rat wird sich dadurch eine eindeutige Diskussionsmöglichkeit über die Angelegenheit ergeben.

10.3. Anregungen und Beschwerden zahlreicher BürgerInnen zum Thema "Auslagerung Kulturbüro" **SV-Nr. 06//1246**

BM Böhling unterrichtet den Rat gemäß § 22 c Nieders. Gemeindeordnung (NGO) über die zu diesem Thema von Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Anregungen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11. Vorlage des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 14.04.2011

11.1. Kooperationsvereinbarung "Bildungsregion Friesland" **SV-Nr. 06//1141**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadt Schortens tritt der Bildungsregion Friesland im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung bei und stellt die erforderlichen Haushaltsmittel für den beabsichtigten Innovationsfond zur Verfügung.

RM Riemer erklärt, dass die Schulen und Kindergärten in Friesland jetzt näher zusammenrücken. Wissen und Erfahrungen werden jetzt in der

Bildungsregion Friesland gesammelt und an alle, die es wünschen, weitergegeben. Eigene Konzepte - wie z. B. zum Thema „Inklusion“ - werden erarbeitet. Auf freiwilliger Basis entsteht hier ein Pool an Informationen, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn dies gewollt ist. Sie findet diese Idee sehr gut.

Der vorgenannte Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlage des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 18.05.2011

- 12.1. Änderung der Haus- und Badeordnung für die Bäder **SV-Nr. 06//1189**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haus- und Badeordnung für die Bäder wird beschlossen.

Die vorgenannte Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

13. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 01.06.2011

- 13.1. Neufassung Richtlinie über die Aufnahme von Krediten **SV-Nr. 06//1217**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Richtlinie über die Aufnahme von Krediten wird beschlossen.

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

14. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 21.06.2011

- 14.1. Antrag auf Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung **SV-Nr. 06//1251**

RV Ratzel weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss hierzu keinen Beschlussvorschlag gefasst hat.

RM Schüder erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf eine angemessene Erhöhung der Kinderbetreuungskosten und begründet diesen. Die Verwaltung hat nach Befragung benachbarter Kommunen eine Erhöhung auf 8,00 Euro/Stunde vorgeschlagen. Eine Erhöhung hält sie für sehr sinnvoll, um auch jüngeren Leuten eine Mitarbeit im Rat zu ermöglichen.

Bei einigen Enthaltungen wird der nachfolgende Beschluss gefasst:
Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung und dem Vorschlag der Verwaltung (Erhöhung der Kinderbetreuungskosten auf 8,00 €/Stunde) wird zugestimmt.

14.2. Antrag der BfB-Fraktion vom 14.06.2011 auf Beibehaltung des Straßennamens Lebensborner Weg **SV-Nr. 06//1257**

RM Just erläutert und begründet den Antrag der BfB-Fraktion. Seine Fraktion beantragt die Beibehaltung des Straßennamens „Lebensborner Weg“ und die Entfernung des Zusatzschildes „Missbrauch des Namens durch das NS-Regime“, weil der Name auf eine Gartenbaukolonie um 1900 zurückzuführen ist und nicht auf ein Projekt des Nationalsozialismus. Aufgrund der durchgeführten öffentlichen Diskussion und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie einzelner vorliegender Anregungen zur Umbenennung der Straße hält er eine Beschlussfassung durch den Rat für erforderlich.

BM Böhling erklärt, dass der Rat lediglich über die Umbenennung oder Neubenennung von Straßen zu beschließen hat. Da für die Umbenennung dieses Weges kein relevanter Antrag vorliegt, ist eine Entscheidung durch den Rat nicht erforderlich. Aufgrund des vorliegenden eindeutigen Votums ist daher im zuständigen Verwaltungsausschuss der Beschluss gefasst worden, den Straßennamen und die angebrachten Zusatzschilder beizubehalten.

RM Thiesing verweist auf die erfolgte Beratung im Verwaltungsausschuss. Durch die Zusatzschilder soll – gerade auch die Jugend - dazu angeregt werden, Diskussionen über die Herkunft der Bezeichnungen zu führen. Da der Bürgermeister die Öffentlichkeit unverzüglich über diese Entscheidung informiert hat, sieht er eine weitere Beratung im Rat als entbehrlich an.

RM Schüder schließt sich den Ausführungen des RM Thiesing an. Sie erklärt, dass es Ziel und Sinn der Geschichte ist, sich zu erinnern und nicht zu vergessen. Durch die Anbringung der Zusatzschilder, die sowohl auf die seit über 100 Jahren bestehende Flurbezeichnung als auch auf den Missbrauch des Namens durch das NS-Regime hinweisen, wird diesem Ziel und Sinn Rechnung getragen.

RM Just vertritt nach wie vor die Auffassung, dass über die Benennung nicht im Verwaltungsausschuss, sondern im Rat zu entscheiden ist und beantragt daher eine Behandlung dieses Themas in der Ratssitzung. Da die Beratung über die Entfernung des Zusatzschildes in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsausschusses gehört, beantragt er, im Rat ein Meinungsbild darüber herzustellen, ob der Hinweis auf Missbrauch durch das NS-Regime beibehalten oder entfernt werden soll.

BM Böhling erläutert nochmals die Zuständigkeitsbereiche bei der Umbenennung, Neubenennung sowie Änderung von Straßennamen

sowie die Regelungen zur Bearbeitung von Anregungen und Anträgen.

RM Just weist darauf hin, dass Anregungen von Personen außerhalb der Stadt, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern auf eine Umbenennung des Lebensborner Weges vorliegen. Er hält es für erforderlich, diesen Personen mitzuteilen, ob ihrer Anregungen gefolgt wird oder nicht. Seine Fraktion beantragt daher, diesen Antragstellern bzw. Personen, die Anregungen eingereicht haben mitzuteilen, dass eine Umbenennung nicht stattfindet.

RM Torkler erläutert die Zuständigkeitsbereiche der Organe der Stadt gemäß der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss dem Spiegelbild des Rates – der politischen Zusammensetzung – entspricht. Im Verwaltungsausschuss wurde bereits eine Entscheidung zu diesem Thema gefällt, so dass eine Beschlussfassung durch den Rat entbehrlich ist.

RM Thiesing unterstützt die Aussagen des RM Torkler. Er weist darauf hin, dass während der Beratung im Verwaltungsausschuss bereits ein Meinungsbild hergestellt wurde.

BM Böhling weist darauf hin, dass kein relevanter Antrag auf Umbenennung vorliegt. Selbst wenn der Antrag von RM Just abgelehnt wird, bleibt der Name der Straße bestehen.

RV Ratzel lässt anschließend über die Anträge der BfB-Fraktion abstimmen.

1. Antrag der BfB-Fraktion Beibehaltung des Straßennamens „Lebensborner Weg“.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

2. Antrag der BfB-Fraktion auf Herstellung eines Meinungsbildes über diese Sache.

Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

15. Vorlage des Planungsausschusses vom 22.06.2011

15.1. Beschlussfassung über das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept **SV-Nr. 06//1233**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Das von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH (GMA) erarbeitete und vorgelegte Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Schortens wird anerkannt.

StAR Berghof weist auf die vorliegende Stellungnahme des TGM vom 28.06.2011 zum Entwurf des Einzelhandelsgutachtens hin.

Zum Bestandsschutz hinsichtlich des Einzelhandels außerhalb des zentralen Versorgungsbereiches (z. B. im Bereich Fachmarktzentrum) führt er aus, dass alle Nutzungen, die im Rahmen der Baugenehmigung seinerzeit in der Betriebsbeschreibung genehmigt und damit Bestandteil der Baugenehmigung geworden sind, auch zukünftig, selbst bei einem Betreiberwechsel, nach wie vor zugelassen werden dürfen - auch bei einer anderslautenden Stellungnahme des Einzelhandelskonzeptes.

RM Schüder teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dieses Einzelhandelsgutachten lediglich zur Kenntnis nehmen möchte, da mit einer Anerkennung einige Inhalte gewürdigt würden, die der Fraktion nicht gefallen.

RM Just trägt die beiden nachfolgenden Anträge der BfB-Fraktion vom 28.06.2011 zum Einzelhandelskonzept vor und begründet diese:

Antrag 1:

Der Empfehlung, an „Sonderstandorten“ wie dem Fachmarktzentrum die Ansiedlung von Betrieben mit nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimenten (groß- und nicht großflächig) auszuschließen wird insofern nicht gefolgt, als für das Fachmarktzentrum nur großflächige, zentrumsrelevante Sortimente, also über 800 m², ausgeschlossen werden sollen, kleinere Sortimente unter 800 m² aber erlaubt bleiben sollen.

RM Just befürchtet, dass die Ausschlussliste zu dramatischen und nicht wieder füllbare Leerstände im Fachmarktzentrum führen wird und im künftigen Eingangsbereich der Stadt, im Bereich der einzigen Abfahrt von der B 210 neu, eine Investitionsruine entstehen wird. Auch die Art des Umgangs mit Investoren sollte seines Erachtens überdacht werden.

Antrag 2:

Der Empfehlung, einen Lebensmittelmarkt im Bereich Ostiem (Hohe Gast, Plaggestraße) anzusiedeln, wird nicht gefolgt.

Nach Ansicht der BfB-Fraktion würde man dem Zentrum mit der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes im Bereich Ostiem einen Bärendienst erweisen, da hierdurch die ca. 4.450 Einwohner/-innen des Einzugsbereiches vom Einkauf im Zentrum abgehalten werden würden.

RM Thiesing erklärt, dass dieses Gutachten von einem Arbeitskreis, dem Vertreter der Politik, der Verwaltung, des Einzelhandels und der IHK angehörten, gemeinsam mit einer Gutachterin erarbeitet wurde. Die Inhalte wurden gemeinsam festgelegt, um ein rechtssicheres Gutachten zu erhalten. Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Just weist er darauf hin, dass die Einzelhandelsgeschäfte am Ende der Menkestraße zukünftig ebenfalls nicht innerhalb des Zentrumsbereiches liegen würden und dann praktisch die gleichen Probleme hätten wie das Fachmarktzentrum. Auch diese Geschäfte

werden zukünftig lediglich über einen Bestandsschutz ihres Sortimentes verfügen.

Zum zweiten Antrag der BfB-Fraktion teilt RM Thiesing mit, dass laut Auskunft der Gutachterin die Ansiedlung eines weiteren Lebensmittelmarktes – sofern diese für erforderlich angesehen wird - lediglich im Bereich Ostiem erfolgen sollte, da die Einwohner in diesem Bereich bisher nicht so gut abgedeckt sind. Konkrete Festlegungen sind jedoch zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu treffen.

Die CDU-Fraktion möchte das vorgelegte Gutachten anerkennen, weil es für alle weiteren Investitionen in der Stadt Schortens Rechtssicherheit bietet.

RM Torkler weist auf die gute und interessante Zusammenarbeit des Arbeitskreises mit der Gutachterin hin, die immer wieder herausstellte, dass dieses Gutachten der Bauleitplanung als Grundlage dienen soll und daher fachlich und sachlich sicher aufgestellt werden muss. Dieses Gutachten wurde von der Gutachterin neutral und sachlich perfekt erstellt.

Seitens der SPD-Fraktion bestanden bisher noch Bedenken hinsichtlich des Bestandsschutzes der im Fachmarktzentrum ansässigen Firmen. Diese konnten durch den heutigen Hinweis des StAR Berghof jedoch ausgeräumt werden. Insofern kann diesem Gutachten durchaus zugestimmt werden. Seine Fraktion geht davon aus, dass dieses Handlungspapier für die Weiterentwicklung der Stadt Schortens in der Bauleitplanung von erheblicher Bedeutung sein wird.

Es folgen weitere Redebeiträge der Ratsmitglieder Kniefelkamp, Schüder und Just.

Auf Nachfrage von RM Schüder teilt StAR Berghof mit, dass es sich bei dem Gutachten um die Empfehlung eines Fachbüros an die Stadt handelt, wie man städtebaulich in Zukunft richtig organisieren soll. Die Empfehlungen des Gutachtens sind zukünftig in die Bauleitplanung zu übernehmen, weil dieses bauleitplanerisch keinen Bestand hätte.

Nach weiteren Redebeiträgen der Ratsmitglieder Köhn, Kniefelkamp und Eggerichs lässt RV Ratzel zunächst über die Anträge der BfB-Fraktion und anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Antrag 1 der BfB-Fraktion:

Der Empfehlung, an „Sonderstandorten“ wie dem Fachmarktzentrum die Ansiedlung von Betrieben mit nahversorgungs- und zentrenrelevanten Sortimenten (groß- und nicht großflächig) auszuschließen wird insofern nicht gefolgt, als für das Fachmarktzentrum nur großflächige, zentrumsrelevante Sortimente, also über 800 m², ausgeschlossen werden sollen, kleinere Sortimente unter 800 m² aber erlaubt bleiben sollen.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

2. Antrag 2 der BfB-Fraktion

Der Empfehlung, einen Lebensmittelmarkt im Bereich Ostiem (Hohe Gast, Plaggestraße) anzusiedeln, wird nicht gefolgt.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

3. Beschlussvorschlag des Ausschusses:

Das von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH (GMA) erarbeitete und vorgelegte Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Schortens wird anerkannt.

Diese Beschlussempfehlung wird mit 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

16. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 30.06.2011

16.1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB zur Neufassung der Bebauungspläne Nr. 35 "Gewerbegebiet I" und Nr. 47 " Gewerbegebiet II" und Nr. 47 A "Gewerbegebiet II - Ost" **SV-Nr. 06//1264**

Beschlussvorschlag des Ausschusses:

Die Bebauungspläne Nr. 35 „Gewerbegebiet I“ und Nr. 47 „Gewerbegebiet II“ und Nr. 47 A „Gewerbegebiet II-Ost“ sind durch Neufassungen zu ersetzen.

RM Schüder erklärt, dass ihr die Festlegung der Sortimentsbeschränkungen noch undeutlich ist.

BM Böhling erläutert daraufhin die Notwendigkeit des Aufstellungsbeschlusses für die Durchführung der weiteren Bauleitplanverfahren.

Der Beschlussvorschlag wird mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung beschlossen.

16.2. Erlass von Satzungen für Veränderungssperren **SV-Nr. 06//1265**

Beschlussvorschlag des Ausschusses:

Zur Sicherung der Bebauungspläne Nr. 35 „Gewerbegebiet I / Heidmühle“, Nr. 47 „Gewerbegebiet II“ und Nr. 47 A „Gewerbegebiet II / Ost“ wird der Erlass der Veränderungssperren Nr. 004/2011, Nr. 005/2011 und Nr. 006/2011 als Satzungen gemäß §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß den der Sitzungsvorlage beigefügten Texten beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird mit 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

17. Vorlagen des Schul-, Jugend und Sozialausschusses vom 23.06.2011

17.1. Aufhebung der Richtlinie zur Übernahme der Kosten der
Mittagsverpflegung **SV-Nr. 06//1200**

Der Fachausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

**Die Richtlinie zur Übernahme der Kosten für das Mittagessen in
den Ganztagschulen vom 23.06.2010 (Ortsrecht 1.10.2.26) wird
mit Ablauf des aktuellen Schulhalbjahres aufgehoben.**

StD Müller weist darauf hin, dass diese Änderung aufgrund des
Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes erfolgt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

18. Anfragen und Anregungen:

18.1. RM Torkler erinnert an seine bereits vor einigen Monaten geäußerte
Anregung bzw. Anfrage hinsichtlich des erbärmlichen Zustandes der
Pflanzbeete am Bürgerhaus und in der Rheinstraße und erläutert
diesen (u. a. gärtnerische Gestaltung, kaputtes Mauerwerk,
beschädigte Isolierung).

Eine Umsetzung sei leider bisher nicht erfolgt. Seines Erachtens darf
sich die Stadt Schortens einen solch schlechten Pflegezustand der
Außenbereiche öffentlicher Einrichtungen – und gerade des
repräsentativen Bürgerhauses - nicht leisten.

StD Müller antwortet, dass während der zurückliegenden Frostperiode
die Fugen aus dem im vergangenen Jahr sanierten Mauerwerk
herausgeplatzt sind und das Mauerwerk aufgrund des hohen Erddrucks
abkippt. Da die Reklamationsverhandlungen mit der ausführenden
Firma noch andauern, wurde bisher auf eine Pflege durch den
Baubetriebshof verzichtet.

18.2. RM Just teilt mit, dass auf der Internetseite unter der Überschrift
"Pächterwechsel im Bürgerhaus Schortens" zu lesen ist, dass der im
vergangenen Jahr bereits häufig kritisierte Becherverkauf nicht
wiederholt wird.

Durch diese Berichterstattung entsteht der Eindruck, dass der
Becherverkauf eine Idee des bisherigen Pächters war, obwohl diese
Entscheidung von den Gremien der Stadt getroffen wurde. Er hält diese
Berichterstattung dem bisherigen Pächter gegenüber für unfair und
bittet um eine Änderung dieses Berichtes.

StD Müller erklärt, dass es nicht beabsichtigt war, eine Verbindung des

Becherverkaufs zum bisherigen Pächter herzustellen und sagt eine Berichtigung des Artikels zu.

18.3. RM Schüder weist darauf hin, dass die Scheune auf dem Gelände Schütt entgegen bisher bekannter Planungen abgerissen wurde und fragt nach, ob der Verwaltung inzwischen neue Planungen vorliegen. BM Böhling antwortet, dass der Verwaltung keine neuen Informationen vorliegen.

18.4. RM Kniefelkamp weist auf den stetig zunehmenden schlechten Zustand der Straße vom Ginsterweg zum Forsthaus Upjever und die Erforderlichkeit der bereits beschlossenen Sanierung hin.

BM Böhling antwortet, dass die Ausschreibung für die Sanierung in Abstimmung mit der Forstverwaltung erfolgt. Gemeinsame Gespräche hierüber wurden bereits geführt. Er sagt zu, sich nochmals wegen der Dringlichkeit der Ausführung mit der Forstverwaltung in Verbindung zu setzen.

18.5. Anfragen der BfB-Fraktion vom 27.06.2011 zur Finanzierung/Genehmigungsfähigkeit des Sportplatzsanierungsprogrammes

RM Just erläutert und begründet die Anfrage der BfB-Fraktion. Da die Stadt von der Kommunalaufsicht aufgefordert wird, ihren Investitionsplan zu überarbeiten und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit anzupassen befürchtet die BfB-Fraktion, dass durch erforderliche Mittelkürzungen das Sportplatzsanierungsprogramm gefährdet sein könnte. Daher bittet sie um Auskunft, wie die Verwaltung die Situation beurteilt und welche Maßnahmen sie zur Sicherung des Programms vorsieht.

Auf die Frage zur Sicherstellung der Finanzierung der Sportanlagen antwortet BM Böhling, dass die erforderlichen Mittel in den kommenden 3 Jahren in die jeweiligen Haushalte einzustellen sind und damit die erforderlichen Gelder auch zur Verfügung stehen.

Zur Anpassung des Investitionsplans an die Leistungsfähigkeit der Stadt teilt BM Böhling mit, dass diese ganz wesentlich von der allgemeinen Haushaltsentwicklung abhängig ist und über mögliche Anpassungen der Rat zu entscheiden hat.

Auf die Frage nach möglichen Streichungen und Ausgabenkürzungen antwortet BM Böhling mit, dass auch diese Entscheidungen ausschließlich dem Rat obliegen. Der Bürgermeister und die

Verwaltung können hierzu lediglich Vorschläge unterbreiten.

- 18.6. Auf Nachfrage von RM Eggerichs teilt BM Böhling mit, dass bisher noch kein Termin für die Sondersitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zum Thema "Bericht über die überörtliche Prüfung - Haushaltsjahre 2007 bis 2009" feststeht und dieser kurzfristig in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden festgelegt wird.
- 22.1. RM Knefelkamp teilt mit, dass er für die nächste Ratsperiode nicht kandidieren wird und diese Ratssitzung die letzte war, an der teilgenommen hat. Er bedankt sich bei allen für die Zusammenarbeit in den vergangenen 15 Jahren und wünscht dem Rat und der Verwaltung für die Zukunft alles Gute.
RV Ratzel dankt RM Knefelkamp im Namen des Rates für die langjährige Zusammenarbeit.